

Dokumente der Kundgebung 30. Juli 2020

**"Solidarität mit Geflüchteten - weitere Infizierungen stoppen -
Lagerpflicht abschaffen!"**

Aufruf

BI Asyl

Geflüchteter aus dem Lager Dieselstraße

Bündnis gegen Abschiebelager

Seebrücke

Offener Brief an Stadt

"Solidarität mit Geflüchteten - weitere Infizierungen stoppen - Lagerpflicht abschaffen!"

Aufruf zur Teilnahme an einer Kundgebung

wann: Donnerstag, 30. Juli 2020 15:00 - 16:00 Uhr
wo: Emmeramsplatz 8, Regensburg vor der Regierung der Oberpfalz

Mund-/Nasenschutz tragen, kein Körperkontakt, 1,5 m Mindestabstand beachten, TN wegen Corona auf 100 beschränkt

Auch wenn die Quarantäne in der GU Dieselstraße und dem Ankerzentrum wieder aufgehoben ist und die Lager als „coronafrei“ gelten, besteht das Grundproblem Flüchtlingslager mit Mehrbettzimmern und hohem Infektionsrisiko weiter. Nach unseren beiden Kundgebungen am 28. Mai und am 23. Juni vor der GU Dieselstraße möchten wir jetzt mit Geflüchteten aus den Lagern unsere Forderungen in der Innenstadt vor der Regierung der Oberpfalz als hauptverantwortliche Stelle erneut öffentlich machen. Dabei werden wir berichten und bewerten, was seither diesbezüglich von der Regierung der Oberpfalz als Betreiberin der Lager und der Stadt Regensburg, die ebenso gefordert ist, unternommen wurde und was nicht. Auch das RKI empfiehlt, Geflüchtete in Einzelzimmern unterzubringen und die wissenschaftliche Coronastudie der Uni Bielefeld kritisiert die Lagerunterbringung. (www.fluechtlingsrat-bayern.de)

- **Testung aller Lager - Bewohner*innen und der Angestellten** (Regierung der Oberpfalz, Gesundheitsamt)
- **Für positiv Getestete und deren Familienangehörige: Räumlich abgetrennte Quarantänehäuser - Menschenwürdige und familiengerechte Unterbringung** (Regierung)
- **regelmäßig zeitnahe Informationen für die Geflüchteten in ihrer jeweiligen Sprache** (Regierung)
- **stabile WLAN-Anbindung in ausreichender Kapazität** (Regierung)
- **Sozialberatung und psychologische Unterstützung** (Stadt, Regierung)
- **Einzelzimmerunterbringung für alleinstehende Personen in Regensburg** (Regierung, Stadt)
- **Sofortige Auszugserlaubnis für alle in Arbeit und dualer oder schulischer Ausbildung** (Regierung, Stadt)
- **Keine negativen Auswirkungen auf Aufenthaltsstatus bei wegen Corona ausgesprochenen Kündigungen** (Regierung, Stadt)
- **Ende der erzwungenen Lagerunterbringung für Alle** (Innenministerium, Regierung)

Veranstaltende Gruppen:



Bündnis gegen Abschiebelager

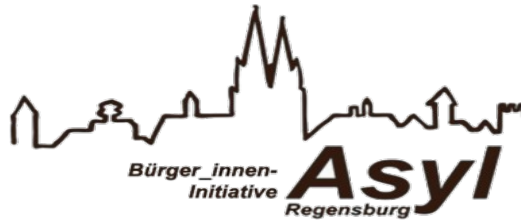


BI Asyl

LOKALGRUPPE REGENSBURG



Seebrücke Regensburg



Manuskript BI Asyl Redebeitrag bei Kundgebung 30. 07. 2020

"Solidarität mit Geflüchteten - weitere Infizierungen stoppen - Lagerpflicht abschaffen!"

Vorbemerkung: Als ich 1984 meine Diplomarbeit über Asylpolitik geschrieben habe, waren es weltweit ca. 17 Millionen Flüchtlinge. Jetzt sind es laut UNHCR fast 80 Millionen, davon 26 Millionen, die außerhalb ihrer Heimat geflohen sind. Das hat sehr viel mit dem Weltwirtschaftssystem zu tun. Andere, ich auch, nennen es Imperialismus. Und der alte Slogan „Deutsche Waffen, Deutsches Geld, morden mit in aller Welt“, hat mehr Gültigkeit denn je. Solange dies nicht beendet, solange haben wir um so mehr Verantwortung für die Opfer dieser Situation!

Nach dieser - mir wichtigen - Vorbemerkung **zum heutigen Anlass:**

Trotz wochenlangen Warnungen und auch einer Anzeige des Bayerischen Flüchtlingsrates wegen Verstoß gegen Corona-Schutzbestimmungen, trotz vielen Infizierungen in bayerischen Flüchtlingslagern und 3 Toten hatte man den Eindruck, dass die Regierung der Oberpfalz überrascht war, als Mitte April erste und ab 11. Mai immer mehr Corona-Infizierungen von Geflüchteten in Regensburger Lagern auftraten (Hinweis auf BI Asyl Chronologie 25. 5.) Am Ende waren es über 100 im Ankerzentrum und in der Dieselstr. und an die 200 in den Lagern in Stadt und Landkreis.

Bei den Kundgebungen im Mai und Juni vor der Dieselstr. habe ich **von der Ignoranz des Innenministeriums** und der tatsächlichen oder scheinbaren **Konzeptlosigkeit, Planlosigkeit und Fahrlässigkeit der Regierung der Oberpfalz gesprochen**. Fehlende Informationen, falsch datierte Aushänge, sehr zögerliche Testungen, positiv Getestete im gleichen Mehrbettzimmer mit nicht oder negativ Getesteten, dann Verlegung in Brettverschlänge der Turnhalle im AZ

Das alles finde ich **auch heute immer noch unfassbar und skandalös!**

Derzeit scheint nun einerseits die Pandemie einigermaßen unter Kontrolle und auch in den Flüchtlingslagern sind seit ca. 1 Monat glücklicherweise keine Infizierungen mehr bekannt. Andererseits verstärken sich die Warnungen vieler vor einer 2. Welle. Das marode Hochhaus in Göttingen, Tönnies und nun Mamming bei Dingolfing sind die sichtbare Spitze eines gefährlichen Eisberges. Flüchtlingslager bergen jedenfalls wie alle Massenunterkünfte ein sehr hohes Infektionsrisiko.

Angesichts dessen ist es **fahrlässig und sehr gefährlich**, die Empfehlungen des RKI, **Geflüchtete** als vorbeugenden Gesundheitsschutz **in Einzelzimmern unterzubringen** und die **Kritik an der Lagerunterbringung**, die zuletzt durch die wissenschaftliche **Corona Studie** der Uni Bielefeld (www.fluechtlingsrat-bayern.de) bekräftigt wurde, **weiter zu ignorieren**.

Völlig unverständlich und ebenso fahrlässig und gefährlich ist es, dass sich die Regierung der Oberpfalz weiterhin gegen die Forderung **Testung aller Lager - Bewohner*innen und der Angestellten** sträubt. Überall werden erweiterte, vorbeugende Testungen empfohlen, angeboten und durchgeführt. Das fordern wir auch für die Flüchtlingslager! Und nicht erst dann, wenn Infizierungen /Erkrankungen auftreten. Positiv Getestete und Erkrankte müssen menschenwürdig und familiengerecht untergebracht werden, keinesfalls mehr in den schrecklichen Brettverschlängen der Turnhalle des Ankerzentrums!

Die Regierung hat die Geflüchteten zur **Corona Situation sehr mangelhaft informiert**. Dies und das strukturelle Informationsdefizit von Geflüchteten wurde durch den Rückzug aus Coronaschutzgründen der städtischen Asylsozialberatung aus den Lagern noch verstärkt **Es ist schon paradox** : für Asylsozialberatung in den Lagern

erschien die Situation zu gefährlich, aber die Geflüchteten lässt man dort in Mehrbettzimmern und Gemeinschaftsküchen alleine und hilflos ausgeliefert. Wir begrüßen es, dass seit 17. Juli die städt. Sozialberatung in den Lagern wieder aufgenommen wurde. (vgl. Beitrag von Seebrücke)

Wir fordern von der Regierung regelmäßig zeitnahe schriftliche Informationen für die Geflüchteten in ihrer jeweiligen Sprache. Und dies auch für die Asylsozialberatung und Unterstützergruppen Geflüchtete und wir müssen wissen, was, wann, wie und warum entschieden wurde!

Seit Mai wird gefordert, dass die Dieselstr. und **alle Lager** endlich mit **stabilem WLAN in ausreichender Kapazität** ausgerüstet werden! Das ist technisch einfach, die Kosten sehr gering. Die vorliegenden Vorschläge müssten nur endlich aufgegriffen werden! Nun gibt es endlich Signale aus Regierung und Stadt, dass dies endlich realisiert wird.

Derzeit sind die ersten anerkannten Geflüchteten aus den Lagern in die neu errichtet **Wohnanlage Benzstr.** umgezogen. In Kürze können dort rund 300 Geflüchtete in Wohnungen zusammen mit deutschen Familien, Alleinerziehenden und Senioren wohnen. Das ist schön und ein Beitrag, um die dringvolle Enge in den Lagern zu entzerren. Aber Personen, denen aus dringenden gesundheitlichen Gründen der Lagerauszug während des Asylverfahrens oder im Duldungsstatus erlaubt wurde, dürfen dort nicht einziehen. Das ist unverständlich und wir fordern und erwarten, dass dies korrigiert wird!

Die Benzstraße wird auch nicht zu der - wie gesagt auch vom Robert Koch Institut empfohlenen - Forderung „**Einzelzimmerunterbringung für Alleinstehende Geflüchtete**“ führen. Hier sind Regierung und Stadt gemeinsam gefordert, genauso wie zu der Forderung **Auszugserlaubnis für alle in Arbeit oder Ausbildung!** Dazu verweise ich auf den Beitrag der Seebrücke und den von Seebrücke initiierten Offenen Brief.

- **Umsetzung aller Punkte!**
- **Abschaffung der Ankerzentren** (Vgl. Offener Brief von 34 Gruppen)
- **Ende der erzwungenen Lagerunterbringung für Alle!** > Hinweis auf <https://www.fluechtlingsrat-bayern.de/petition-lagerpflicht-fuer-gefluechtete-abschaffen/>

Dafür bitten wir Euch um Euren weiteren Einsatz! Bleibt im Kontakt mit den Gruppen der Kundgebung oder nehmt neu Kontakt auf, alle Gruppen freuen sich auch über aktive Mitarbeit.

Hinweis auf **die Podiumsdiskussion am Freitag, 02. Okt. im EBW mit dem Titel:** Erfahrungen und Konsequenzen aus den Corona-Infizierungen in den Regensburger Flüchtlingslagern.

Danke!

Gotthold Streitberger (für BI Asyl Regensburg, im Sprecherrat BFR)
Kontakt: E-Mail: bi.asyl@yahoo.com

Ein Bewohner des Sammelagers Dieselstraße berichtet am 29.07.2020:

“We are all so afraid now.

Because the second wave is upon us all.

No disinfectant and no masks presently.

Another time bomb is ticking.

Who will hear our cries?

We, the young men without families, are afraid.

We are living like slaves.

We are all terrified, because the second wave of the pandemic is upon us.

As a single man, I am scared for all of us at Dieselstraße again.”

- Anonymous

“Wir alle haben im Moment große Angst.

Denn die Zweite Welle liegt vor uns allen.

Desinfektionsmittel und Masken sind nicht vorhanden.

Gerade tickt eine weitere Zeitbombe.

Wer wird unsere Schreie hören?

Wir, die jungen Männer ohne Familien, haben Angst.

Wir leben wie Sklaven.

Wir alle haben Angst, denn die zweite Welle der Pandemie liegt vor uns.

Als einzelner Mann bin ich erneut besorgt um jeden von uns in der Dieselstraße.”

- Anonym

Übersetzung: Adrian Kohl, Seebrücke Regensburg



Heute stehen wir wieder einmal auf der Straße, um über die Situation von Geflüchteten in Abschiebelagern zu berichten, unsere Solidarität mit ihnen zu zeigen und um ein weiteres Mal längst überfällige Veränderungen einzufordern. Dieses Mal sind wir jedoch nicht wie die letzten Male dort, wo die Betroffenen sind, wo die Lager sind – am Stadtrand, im Industriegebiet, neben Bahngleisen und LazerTag. Nein, heute sind wir dort wo die Entscheidungen getroffen bzw. umgesetzt werden. Hier, im Herzen der Altstadt befindet sich der Sitz der Regierung Oberpfalz. Hier, inmitten von Tapas Bar und Bagelstore, Schloss und Wintermarkt sitzt die Behörde, welche für die Abschiebelager am Stadtrand zuständig ist.

Hier also sind sie nun – die Verantwortlichen für diese Zustände! Nun haben wir die Schuldigen ja endlich gefunden. Nicht zuletzt durch die gebetsmühlenartig wiederholten Phrasen aus dem Stadtrat, dass man ja nichts ändern könne weil die Zuständigkeiten eben wo anders lägen, sind wir nun endlich an der richtigen Adresse. Gut - Nur werden wir auch an dieser Adresse nichts Neues hören – Nichts, was wir nicht eh schon tausendmal gehört haben. Nicht nur, weil wir die Personen schon kennen, etwa den Einrichtungsleiter oder die Ombudsfrau des Abschiebelagers, sondern weil wir uns eben immer noch im bürokratischen Verwaltungsapparat befinden, nur eben an anderer Stelle – Sachgebiet 14.1 und Sachgebiet 14.2. um genau zu sein.

Sofern all die Menschen dort drinnen überhaupt auf unseren Protest reagieren und ihn nicht ignorieren und totzuschweigen versuchen, wie sie das mit Protesten von Geflüchteten immer wieder tun, werden wir wieder nur Ausflüchte zu hören bekommen. Oder wir werden womöglich – wie vom Stadtrat – wieder an andere Stelle, wahrscheinlich „weiter oben“ verwiesen. Wir kennen das, und wissen nur zu gut, was all die Verantwortlichen in Verwaltungsapparaten auf unseren Protest erwidern werden. Sie werden sagen: „Wir sind doch nicht Schuld an all den Misständen!“, „Wir machen doch nur unseren Job!“, „Ja, wir halten uns doch nur an bestehendes Recht, und können auch gar nicht anders!“. Einige von ihnen werden sich vielleicht auch persönlich angegriffen fühlen und sagen: „Wir betreiben doch gar keine Massenunterkünfte!“, und „Soo schlecht gehts dene doch gar ned!“. Jap so schlecht wie in anderen Massenlagern wie bspw. Moria geht es Geflüchteten in Regensburg wahrscheinlich nicht – herzlichen Glückwunsch!

Aber was ist neben dem alltäglichen Horror in den Sammellagern mit dem Infektionsschutz für Geflüchtete in Coronazeiten? Wer, wenn nicht die Regierung hat die Verantwortung für alle dort Untergebrachten höchsten Infektionsschutz umzusetzen? Aber seit dem ersten Ausbruch von Covid 19 und unseren ersten Kundgebungen hat sich nichts geändert. Und das trotz wissenschaftlicher Empfehlungen von höchster Stelle, Geflüchtete in Einzelzimmern unterzubringen. Denn seit Corona wird das Robert-Koch-Institut in Deutschland gerne zitiert. Aber eben nur, wenn es um Deutsche geht, nicht um die, die am besten nicht hier sein sollten – offenkundiger kann Rassismus nicht sein. Auch die wissenschaftliche Coronastudie der Uni Bielefeld, die ebenso die Lagerunterbringung kritisiert, wird ignoriert. Wissenschaft also nur solange, wie sie die Politik des Staates absichert. Diese bewusste Ignoranz von Fakten hat dazu geführt, dass die Bürgermeisterin nach Gesprächen mit der Regierung Oberpfalz gesagt hat, diese

hätten kein Interesse und keinen Bedarf zum Beispiel an Unterbringungsmöglichkeiten durch die Stadt, „die brauchen nix“. Das stimmt wohl auch, sie brauchen nix, sie haben ja in ihrem eigenen Leben die Möglichkeit Abstand zu halten. Aber was ist mit denen, für die sie eigentlich zuständig sind?

Das Leben in den Lagern macht krank, das ist lange bekannt. Und aktuell ist die Gesundheitsgefährdung höher denn je. Dazu kommt, dass Lager von Anfang an Orte sein sollten, die, so offiziell „die Rückkehrbereitschaft in das Heimatland fördern“. Im Klartext: Den Menschen im Lager soll also das Leben möglichst unangenehm gemacht werden, damit sie von alleine wieder gehen und erst gar nicht abgeschoben werden müssen. Das war und ist Ziel und Programm deutscher Asylpolitik.

Nicht gute medizinische Versorgung, nicht Auflösung von Massenunterkünften, sondern eben Kollektivquarantäne auf engstem Raum während Corona, sind also nichts anderes als logische Konsequenz eines Plans der kein Geheimnis ist, sondern genau so in Gesetzen, Verordnungen und Verlautbarungen steht. Es ist Ausdruck des ewigen Wettewifers deutscher Asylpolitik, das Leben von Geflüchteten hier zu verunmöglichen, damit doch bitte diese Menschen irgendwann aufhören hier herzukommen.

Anstatt sich also all jenen anzubiedern, die die systematische Verelendung von Geflüchteten noch geil finden, fordern wir alle auf – von der Oberbürgermeisterin, über die Verwaltungsfachangestellte bis hin zur Security-Angestellten, anzuerkennen, dass es den Menschen in diesen Lagern schlecht geht, dass diese Lager sie krank macht. Und, dass das eben auch erklärtes Ziel der dahinterstehenden Politik ist. Wir fordern sie auf einzusehen, dass sie Teil eines Systems sind, welches das alles ermöglicht und am Laufen hält – wie begrenzt ihre Zuständigkeit auch sein mag. Und wir fordern sie dazu auf, einzusehen, dass ihr Rausreden, Schweigen und Relativieren und Schönreden dazu beiträgt, dass die Stimmen der Betroffenen nicht gehört werden.

Und darüber hinaus fordern wir auch alle anderen auf laut zu sein. Denn ebenso wie dieses Regierungsgebäude inmitten der Stadt steht, so sind die Ursachen eben dieser Umstände inmitten der Gesellschaft zu verorten. Sie entspringen einem rassistischen Grundkonsens, welchen es zu benennen, zu kritisieren und zu bekämpfen gilt. Denn das, was wir die letzten Monate in deutschen Geflüchtetenlagern beobachten können ist wie gesagt kein geheimer Plan einiger weniger, sondern erklärtes Ziel und Konzept. Ein Konzept, welches seit Jahrzehnten eben genau deswegen funktioniert, weil es die breite Masse der Gesellschaft trägt.

Es liegt an uns nicht aufzuhören weiter und weiter auf die unmenschlichen Zustände hinzuweisen. Immer wieder den Finger in die Wunde zu legen! Und nicht aufzuhören Menschen die sich gerne rausreden in die Verantwortung zu nehmen!

Gegen all die ewig Unschuldigen und Nicht-Zuständigen!

Gegen alle Lager – hier, in Moria, und überall!!

Für ein würdiges Leben für Alle!

No Justice – No Peace!



Hallo Zusammen,

ich bin Caro von der Seebrücke Regensburg, danke dass Ihr alle heute hier seid.

Die Situation von Geflüchteten hat sich seit Beginn der Corona-Pandemie nur wenig verbessert. Und das, obwohl Unterkünfte in Regensburg schon wegen gehäufter Fälle an Covid-19-Infizierungen unter Quarantäne standen. Die menschenunwürdigen und beengten Verhältnisse, in denen die Bewohner*innen untergebracht sind, bleiben – ebenso wie die Angst vor einem erneuten Ausbruch.

Die BürgerInnen Initiative Asyl hat bereits Forderungen an die Regierung der Oberpfalz, vor der wir heute stehen, und an die bayerische Regierung vortragen.

Wir von der Seebrücke Regensburg haben mit Unterstützung von 23 weiteren Gruppen, zu denen inzwischen noch drei dazu gekommen sind, einen offenen Brief an Frau Maltz-Schwarzfischer, Frau Freudenstein, Herr Artinger und die weiteren Stadtratsmitglieder geschrieben. Wir haben diesen heute veröffentlicht. Hintergrund ist der, dass wir seit Wochen und Monaten die Stadt dazu aufrufen, die Situation der Geflüchteten in Regensburg zu verbessern, wie es einem „Sicheren Hafen“ entspricht. Die Stadt schiebt jede Verantwortung von sich, wie es gerade vom Bündnis gegen Abschiebelager beschrieben wurde, und verweist auf die Regierung der Oberpfalz. Das wollten wir so nicht hinnehmen, und deshalb haben wir in dem offenen Brief Forderungen zusammengefasst, die sich allesamt im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt Regensburg befinden.

Ich werde sie kurz vortragen:

- **Forderung 1: Kurzfristig Wohnraum anbieten:** die Stadt Regensburg soll in Zeiten der Corona-Pandemie kurzfristige Lösungen finden, wie für Geflüchtete mehr Wohnraum geschaffen wird - beispielsweise indem Jugendherbergen und andere Gebäude, die (noch) leer stehen, ausfindig gemacht und der Regierung angeboten werden. Das ist besonders wichtig vor dem Hintergrund einer Studie der Universität Bielefeld, die gezeigt hat, dass Geflüchtete in den engen Sammelunterkünften ein extrem erhöhtes Risiko haben, an Covid-19 zu erkranken.

- **Forderung 2: Langfristig Wohnraum anbieten:** dass Geflüchtete mit Arbeits- oder Ausbildungsplatz ein eigenes Zuhause finden können, wird durch die oft monatelangen Bearbeitungszeiten im Antragsverfahren zwischen Stadt und Regierung erschwert. Das Antragsverfahren soll beschleunigt werden, und die Stadt soll Ermessensspielräume ausnutzen, sodass allen Geflüchteten in Arbeit und Ausbildung der Auszug erlaubt wird. Geflüchtete mit Duldungsstatus sollen Wohnberechtigungsscheine für geförderte Wohnungen erhalten. Auf lange Sicht wünschen wir uns, dass die Stadt, in Zusammenarbeit mit der Regierung, ein vollständiges Ende der Lagerunterbringung anstrebt. Die Unterbringung von Menschen in Sammellagern ist und bleibt menschenunwürdig, ob mit oder ohne Corona.

- **Forderung 3: Städtische Asyl-Sozialberatung in Gemeinschaftsunterkünften:** wir sind froh, dass die Stadt ihre Asyl-Sozialberatung in den Gemeinschaftsunterkünften wieder aufgenommen hat. Sie war viel zu lange eingestellt. Allerdings wird hier eine Erhöhung des Zuschusses an die Träger der Asyl-Sozialberatung notwendig sein, und ein besserer Beratungsschlüssel von etwa 1:100.

- **Forderung 4: Psychosoziale und psychiatrische Versorgung sicherstellen:** es besteht ein erheblicher Mangel an psychiatrischer und fachärztlicher Versorgung für Menschen im Ankerzentrum und den

Sammelunterkünften. Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass im Ankerzentrum eine hauptamtliche Facharztstelle für Psychiatrie & Neurologie geschaffen wird, und dass eine verbesserte Versorgung für alle Geflüchteten gewährleistet wird. Dafür ist auch finanzielle Unterstützung notwendig.

- **Forderung 5: Auswirkungen von Kündigungen auf den Aufenthaltsstatus:** aufgrund der Corona-Pandemie haben ca. 40 Geflüchtete in Regensburg Arbeit, Minijobs, Ausbildung oder Praktika verloren. Manche dieser Kündigungen wurden zurückgenommen, aber nicht alle. Das Ausländeramt soll sicherstellen, dass für Geflüchtete diese Corona-bedingten Kündigungen keine negativen Auswirkungen auf ihren Aufenthaltsstatus haben.

- **Forderung 6: Internetversorgung für Geflüchtete:** die Bereitstellung von W-Lan in den Gemeinschaftsunterkünften durch zivile Akteur*innen (Freifunk, Campus Asyl) wird immer wieder durch technische Schwierigkeiten und Kapazitätsmängel erschwert. Generell, aber insbesondere in Zeiten der Pandemie, ist ein zuverlässiger Internetzugang aber sehr wichtig für die Geflüchteten. Es wird um Unterstützung vonseiten der Stadt gebeten, um alle Gemeinschaftsunterkünfte mit stabilem W-Lan in ausreichender Kapazität ausstatten zu können.

Die Stadt Regensburg hat sich 2018 zum „Sicheren Hafen“ erklärt; am 23. Juli 2020 wurde nun auch der Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beschlossen. Wir begrüßen diese Schritte sehr. Allerdings betonen wir erneut: neben der aktiven Unterstützung der Seenotrettung und der Aufnahme von Geflüchteten außerhalb des Verteilungsschlüssels gehört zu einem Sicheren Hafen auch die *Gewährleistung kommunalen Ankommens*. Das heißt, dass Menschen, die nach ihrer Flucht in Regensburg angekommen sind, dort alle Unterstützung bekommen, um gut zu leben, gesund zu bleiben und an der Gesellschaft teilzunehmen.

Aktuell wird die Situation von Geflüchteten in Regensburg auf fahrlässige Weise vernachlässigt, und so ihr körperliches Wohl und darüber hinaus auch ihr seelisches Wohl gefährdet. Von einem „Sicheren Hafen“ ist anderes zu erwarten.

Wir fordern, dass die Stadt und die Regierung der Oberpfalz konstruktiv mit Fokus auf das Wohl von Geflüchteten zusammenarbeiten, sodass Geflüchtete geschützt werden und sich selbst schützen können! Die Forderungen finden Sie in detaillierter Form im Offenen Brief, der online über die Social Media Kanäle der Seebrücke Regensburg zu finden ist. Eine Version liegt zudem hier aus. An die Stadt Regensburg lautet unser Appell: entziehen Sie sich nicht weiter Ihrer Verantwortung. Ein schöner Titel allein reicht nicht aus, um geflüchtete Menschen zu unterstützen.

Die Stadt Regensburg kann diese Forderungen mit der Hilfe der Regierung zum Teil leichter und effektiver umsetzen, daher gilt unser Appell an die Regierung der Oberpfalz: tun Sie alles in Ihrer Macht Stehende, um die Stadt bei der Umsetzung der Forderungen zu unterstützen. Lassen Sie die Menschen in den Unterkünften in dieser unsicheren Zeit nicht allein.

Vielen Dank.

Offener Brief zur „Kommunalen Aufnahme“ in der Stadt Regensburg

LOKALGRUPPE REGENSBURG

Regensburg, den 29.07.2020



SEEBRÜCKE
SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

Sehr geehrte Frau Maltz-Schwarzfischer, sehr geehrte Frau Dr. Freudenstein, sehr geehrter Herr Artinger und sehr geehrte Stadtratsmitglieder der Stadt Regensburg,

auch wenn in Bayern die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus, inklusive der Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung, nach und nach gelockert werden, ist die Pandemie noch längst nicht vorüber. Immer wieder werden sogenannte „Hotspots“ bekannt, in denen gehäufte Fälle neuer Corona-Infektionen auftreten. Auch Regensburg hat vor nicht allzu langer Zeit als „bundesweiter Corona-Hotspot“ Schlagzeilen gemacht. Grund dafür: die rasante Ausbreitung von Corona-Infektionen in den Sammelunterkünften für Geflüchtete. Vor dem Hintergrund, dass bereits drei geflüchtete Personen in bayerischen Sammelunterkünften an den Folgen einer Corona-Infektion gestorben sind – zwei davon im April, einer Anfang Mai – ist es völlig unverständlich wie wenig sich an der Situation für die Geflüchteten in Regensburg seitdem verbessert hat.

Ganze Unterkünfte wurden unter Quarantäne gestellt. Vertreter*innen der Zivilbevölkerung erreichten einzelne Hilferufe von Bewohner*innen, die sich vor einer Ansteckung fürchten und sich um ihre Angehörigen mit Vorerkrankungen oder Risikoprofil sorgen. Die Bewohner*innen wiederum hatten aufgrund des Kontaktverbots zu Ehrenamtlichen und aufgrund der mangelhaften Versorgung mit W-Lan kaum Informationen zur Situation. Wegen der beengten Verhältnisse und der Unmöglichkeit diesen zu entkommen, bestanden kaum Möglichkeiten, die eigene Ansteckungsgefahr zu verringern. Die Quarantäne wurde in den Regensburger Geflüchteten-Unterkünften inzwischen aufgehoben. Was bleibt ist die ständige – und realistische – Sorge vor einem erneuten Ausbruch.

Denn die menschenunwürdigen Verhältnisse, in denen die Bewohner*innen untergebracht sind, bleiben. Nach wie vor werden hunderte Menschen gezwungen, auf engstem Raum miteinander zu leben. Dutzende Personen müssen sich sanitäre Anlagen und Kochmöglichkeiten teilen und können sich an die Gebote des „Social Distancing“ nicht halten, weil die Möglichkeiten dazu fehlen. Diese Personen haben nicht die Wahl dort zu leben. Sie sind der Situation und den Entscheidungen von Behörden – und somit der Gefahr durch das Corona-Virus – schlichtweg ausgeliefert. Umso mehr fordern wir alle zuständigen Behörden auf, jetzt rasch zu handeln und den Geflüchteten die Möglichkeiten zum Infektionsschutz zukommen zu lassen, die andernorts als selbstverständlich gelten.

Oftmals wurden wir mit dem Argument konfrontiert, die Sammellager seien durch die Regierung des Freistaats Bayern bzw. der Oberpfalz verwaltet und somit könne die Stadt Regensburg an der Situation der Geflüchteten in diesen Unterkünften nichts ändern. Dies ist eine Verleugnung des eigenen Handlungsspielraums. Daher stellen wir die folgenden Forderungen, die sich allesamt im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt Regensburg befinden:

- **Kurzfristig Wohnraum anbieten:** die Stadt Regensburg soll in Zeiten der Corona-Pandemie kurzfristige Lösungen finden, wie für Geflüchtete mehr Wohnraum geschaffen wird und der zentralen, beengten Unterbringung entgegengewirkt wird - beispielsweise indem Jugendherbergen und andere Gebäude, die (noch) leer stehen, ausfindig gemacht und der Regierung angeboten werden. Wichtig ist, dass die betreffenden Gebäude sich im

Stadtgebiet befinden, sodass Schule, Arbeits- oder Ausbildungsplatz und Sozialkontakte erhalten bleiben. Besonderes Gewicht erhält die Forderung der Entzerrung auf Grundlage der Studie „SARS-CoV-2 in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: Epidemiologische und normativ-rechtliche Aspekte“ der Universität Bielefeld¹, die einmal mehr die besondere Gefährdung von Bewohner*innen in Sammelunterkünften unterstreicht.

- **Langfristig Wohnraum anbieten:** die private Wohnsitznahme für Geflüchtete mit Arbeits- oder Ausbildungsplatz wird durch die oft monatelangen Bearbeitungszeiten im Antragsverfahren zwischen Stadt Regensburg und Regierung der Oberpfalz erschwert. Hier sollen Ermessensspielräume ausgeschöpft und das Antragsverfahren von Seiten der Stadt erleichtert und beschleunigt werden. Sämtlichen Geflüchteten in Arbeit oder Ausbildung soll der Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften in finanzierbare Einzelunterkünfte erlaubt werden - im besten Falle wird ein gänzliches Ende der Lagerunterbringung von der Stadt proaktiv mitgestaltet. Ebenfalls soll sich die Stadt um eine Änderung bei der Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen für geförderte Wohnungen bemühen; diese sollten für alle bedürftigen Geflüchteten – insbesondere auch mit Duldungsstatus – ausgestellt werden.
- **Städtische Asyl-Sozialberatung in Gemeinschaftsunterkünften:** wir begrüßen es, dass die Stadt ihre Asyl-Sozialberatung in den Gemeinschaftsunterkünften seit dem 17. Juli wieder aufgenommen hat. Diese war viel zu lange eingestellt, obwohl sie gerade durch die Pandemie und damit verbundene Schwierigkeiten wie Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzverluste dringend benötigt wurde. Um sie in angemessenem Rahmen bieten zu können, ist eine Erhöhung des Zuschusses an die freien Träger der Asyl-Sozialberatung notwendig. Ein Beratungsschlüssel von 1:100 ist anzustreben.
- **Psychosoziale und psychiatrische Versorgung sicherstellen:** wie bereits 2019 aus einer Stellungnahme der Caritas Regensburg und des Vereins Solwodi² hervorging, besteht ein erheblicher Mangel an psychiatrischer und fachärztlicher Versorgung für Menschen im Ankerzentrum und den Sammelunterkünften. Zudem musste der Verein Alveno, der vergeblich um finanzielle Unterstützung der Stadt Regensburg gebeten hatte, sein psychologisches Betreuungsangebot aufgrund mangelnder Kapazitäten einstellen. Gerade Geflüchtete stellen jedoch eine besonders vulnerable Gruppe dar, nicht nur aufgrund der aktuellen Wohn- und Lebensrealität, sondern auch aufgrund der erheblichen traumatischen Erfahrungen, die viele von ihnen in den Herkunftsländern und auf der Flucht machen mussten. Die Stadt soll sich für die Schaffung einer hauptamtlichen Facharztstelle für Psychiatrie & Neurologie im Ankerzentrum und eine verbesserte Versorgung für alle Geflüchteten einsetzen. Hierfür ist auch finanzielle Unterstützung notwendig.
- **Auswirkungen auf Aufenthaltsstatus bei Kündigungen:** aufgrund der Corona-Pandemie haben ca. 40 Geflüchtete in Regensburg Arbeit, Minijobs, Ausbildung oder Praktika verloren. Manche, aber nicht alle, dieser Kündigungen wurden zurückgenommen. Das Ausländeramt soll sicherstellen, dass für Geflüchtete durch Corona-bedingte Kündigungen keine Auswirkungen auf ihre Aufenthaltsstatus entstehen können. Hierzu sollen alle Ermessensspielräume vollständig zugunsten der Betroffenen ausgenutzt werden.
- **Internetversorgung für Geflüchtete:** die Bereitstellung von W-Lan in den Gemeinschaftsunterkünften durch zivile Akteur*innen (Freifunk, Campus Asyl) wird immer wieder durch technische Schwierigkeiten und Kapazitätsmängel erschwert. Generell, aber insbesondere in Zeiten der Pandemie, ist ein zuverlässiger Internetzugang aber sehr wichtig für die Geflüchteten, um sich über die aktuelle Lage zu informieren, online-Sprachkurse und

andere Bildungsangebote zu nutzen, Kindern die Möglichkeit auf Home Schooling zu geben und Kontakt zu Freunden und Angehörigen zu halten. Es wird um Unterstützung vonseiten der Stadt gebeten, um alle Gemeinschaftsunterkünfte mit stabilem W-Lan in ausreichender Kapazität ausstatten zu können.

Die Stadt Regensburg hat sich 2018 zum „Sicheren Hafen“ erklärt; am 23. Juli 2020 wurden nun auch der Beitritt zum Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ und die Unterzeichnung der „Potsdamer Erklärung“³ beschlossen. Wir begrüßen diese Schritte sehr. Allerdings betonen wir erneut: neben der aktiven Unterstützung der Seenotrettung und der Aufnahme von Geflüchteten außerhalb des Verteilungsschlüssels gehört zu einem Sicheren Hafen auch die *Gewährleistung kommunalen Ankommens* (Punkt 5 der acht Forderungen⁴ an "Sichere Häfen"). Die Stadt soll somit für ein langfristiges Ankommen sorgen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung zur Verfügung gestellt werden. Aktuell wird für Geflüchtete in Regensburg durch fahrlässige Vernachlässigung ihrer Situation eine Gefährdung ihres körperlichen Wohls und darüber hinaus auch ihres seelischen Wohls in Kauf genommen. Von einem „Sicheren Hafen“ ist anderes zu erwarten.

1: <https://pub.uni-bielefeld.de/record/2943665>

2: <https://rechtaufstadt-regensburg.de/stellungnahme-zum-psychiatrischen-versorgungsdefizit-fuer-gefluechtete-menschen-in-regensburg/>

3: https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019_06_03_potsdamer_erklaerung.pdf

4: <https://seebruecke.org/safe-havens/regensburg/>

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen appellieren wir mit allem Nachdruck an die Verantwortlichen der Stadt Regensburg: tun Sie alles Ihnen Mögliche, dass auch Geflüchtete geschützt werden und sich selbst schützen können!

Die Seebrücke Regensburg

Erstunterzeichner*innen in alphabetischer Reihenfolge:

Ausbildung statt Abschiebung e.V.

attac Regensburg

Bund für Geistesfreiheit Regensburg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regensburg

BürgerInnen-Initiative Asyl

CampusAsyl

Diem25 Ortsgruppe Regensburg

DKP Kreis Regensburg

GRÜNE Jugend Regensburg

GRÜNE Stadtratsfraktion Regensburg

Katholische Hochschulgemeinde Regensburg

Keine Bedienung für Nazis e.V.

KISS Regensburg

Die Linke. Kreisverband Regensburg

mit Partei Ortsgruppe Regensburg

Pax Christi Regensburg

Recht auf Stadt Regensburg

Regensburger Soziale Initiativen e.V.

Ribisl-Partie e.V.

Sea-Eye e.V.

Solidarische Stadt Regensburg

Space-Eye e.V.

ueTheater

Weitere Unterzeichner*innen in alphabetischer Reihenfolge:

DGB Jugend Oberpfalz

ÖDP Kreisverband Regensburg Stadt

ÖDP Stadtratsfraktion